

Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 51/2024

19. Dezember 2024

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) zur Benutzungssatzung und Gebührensatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) vom 2. Dezember 2024 A 638

Benutzungssatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) – Benutzungssatzung MUSTen A 638

Gebührensatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) – Gebührensatzung MUSTen A 644

Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) über die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 vom 29. November 2024 A 648

Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) über die öffentliche Auslegung des Beteiligungsberichtes 2023 vom 29. November 2024 A 649

Bekanntmachung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen über die Haushaltssatzung 2025 und die öffentliche Auslegung der Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan 2025 vom 26. September 2024 A 650

Bekanntmachung Feststellung der Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan für den Abwasserzweckverband „Wilde Sau“ für das Jahr 2025 vom 9. Dezember 2024 A 651

Bekanntmachung der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH A 652

Gerichte

Aufgebotsverfahren A 654

Stellenausschreibungen A 656

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung

des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)

zur Benutzungssatzung und Gebührensatzung

für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen)

Vom 2. Dezember 2024

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen hat in ihrer Beratung am 28. November 2024 die Beschlüsse zur Neufassung der Benutzungssatzung und Gebührensatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) gefasst.

Laut Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen werden die Satzungen öffentlich bekannt gemacht und treten ab dem 1. Januar 2025 in Kraft.

Stollberg, den 2. Dezember 2024

Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)
Michaelis
Verbandsvorsitzender

Benutzungssatzung

für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen)

des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) –

Benutzungssatzung MUSTen

- Auf der Grundlage
- des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212),
 - der Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen Nachweisverordnung – NachwV vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298),
 - des Gesetzes über die Kreislaufwirtschaft und den Bodenschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz – SächsKrWBodSchG) vom 22. Februar 2019 (SächsGVBl. S. 187),
 - des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270)
 - der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99)
 - der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen vom 13. Dezember 2021
- jeweils in der gültigen Fassung,

erlässt der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) nach Zustimmung der Landesdirektion Sachsen zu den Entsorgungsausschlüssen für Abfälle gemäß § 20 Abs. 2 KrWG mit Bescheiden vom 14. April 2015, Az.: C43B-8630/1/6 (Zustimmungsbescheid), in der Fassung der Bescheide vom 8. Juni 2015, 14. November 2017 und 4. Mai 2020, Az.: C43-8630/18/3, die durch die Verbandsversamm-

lung in ihrer Sitzung am 28. November 2024 beschlossene Benutzungssatzung.

§ 1

Allgemeines

(1) Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Sinne von § 2 Abs. 1 des SächsKrWBodSchG betreibt der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen Abfallentsorgungsanlagen zum Umschlagen/Behandeln von Abfällen nach § 3 Abs. 2 SächsKrWBodSchG und schließt Verträge mit Dritten zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit in seinem Verbandsgebiet.

(2) Alle im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle, für die gemäß § 20 Abs. 1 und 2 KrWG i. V. m. § 4 der Verbandssatzung der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen zuständig ist und die den Überlassungspflichten nach § 17 Abs. 1 KrWG unterliegen und nicht von der Entsorgung ausgeschlossen sind, sind auf einer der nachfolgend aufgeführten Abfallentsorgungsanlagen anzuliefern:

- Müllumladestation Himmlisch Heer, Erzgebirgskreis
- Müllumladestation Lumpicht, Erzgebirgskreis
- Müllumladestation Niederdorf, Erzgebirgskreis
- Müllumladestation Lipprandis, Landkreis Zwickau und
- Müllumladestation und Restabfallbehandlungsanlage Reinsdorf, Landkreis Zwickau.

(3) Werden Abfälle aufgrund von anderen vertraglichen Vereinbarungen durch den ZAS entsorgt, so gelten die Bestimmungen der Benutzungssatzung entsprechend, soweit nichts anderes vereinbart ist.

§ 2 Geltungsbereich

(1) Diese Benutzungssatzung ist verbindlich für alle natürlichen und juristischen Personen (im Folgenden: Nutzer genannt), welche die Entsorgungsleistungen des ZAS auf seinen Abfallentsorgungsanlagen nach § 1 Abs. 2 dieser Satzung in Anspruch nehmen, insbesondere

- gewerbliche und private Besitzer und Anlieferer von Abfällen,
- Abfallbeförderer,
- beauftragte Dritte zur Erfüllung der Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und
- Körperschaften des öffentlichen Rechts.

(2) Sie ist gleichermaßen verbindlich für Personen, die das Betriebsgelände der Abfallentsorgungsanlagen des ZAS für andere Tätigkeiten betreten.

(3) Andere Betretungsrechte (z. B. nach dem Ordnungs-, Straf- oder Polizeirecht) werden davon nicht berührt.

(4) Die Abfallentsorgungsanlagen des ZAS dürfen nur von den Nutzern nach Absatz 1 betreten oder befahren werden. Unbefugten ist das Betreten nicht gestattet. Einzelheiten kann der ZAS durch Anordnungen regeln.

(5) Auf Abfallentsorgungsanlagen im Erzgebirgskreis, an denen Wertstoffhöfe zur Verfügung stehen, gelten zusätzlich die Abfallwirtschaftssatzung Erzgebirgskreis und die Gebührensatzung Erzgebirgskreis in der jeweils gültigen Fassung.

§ 3 Annahme und Ausschluss von Abfällen

(1) Der ZAS nimmt die als Anlage zu dieser Satzung aufgeführten Abfallarten mit zugewiesener Abfallschlüsselnummer (ASN) an. Abfälle, die nicht zur Annahme zugelassen sind, werden zurückgewiesen.

(2) In der Anlage nicht aufgeführte Abfälle sind von der Entsorgung durch den ZAS ausgeschlossen. Bei Vorliegen der genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen kann die Anlage durch den ZAS fortgeschrieben werden. Änderungen der Anlage werden gemäß Verbandssatzung ortsüblich bekannt gemacht.

(3) Der ZAS kann dem Nutzer zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Anlagenbetriebes Auflagen bezüglich

- Zustand und Konsistenz der Abfälle/erforderlicher Vorbehandlung,
 - Vorlage von Nachweisen/Analysen,
 - Mengenbegrenzung, Anlieferungszyklus und Anlieferzeiten,
 - Verpackung der Abfälle,
 - Vorsortierung
- erteilen.

Darüber hinaus kann eine Zuweisung auf bestimmte Abfallentsorgungsanlagen erfolgen.

(4) Anlieferungen, die über eine Kleinanliefermenge (3 m³ oder 1 t je Anlieferung und Tag) hinausgehen, sind

grundsätzlich beim ZAS zur Entsorgung zu beantragen. Die Beantragung hat schriftlich, unter Benennung von Kundennummer, Abfallart, Abfallmenge und geplanter Andienungshäufigkeit zu erfolgen. Neukunden haben zuvor eine Kundennummer beim ZAS zu beantragen. Der ZAS prüft die Annahmelmöglichkeit auf seinen Abfallentsorgungsanlagen. Eine Anlieferung ist erst nach erteilter Genehmigung unter Angabe der Kundennummer möglich. Die Genehmigung kann Beschränkungen zu Abfallarten, Mengen und Anlieferzeiten enthalten.

Eine Andienung gewerblicher Abfälle an den Abfallentsorgungsanlagen des ZAS (§ 1 Abs. 2) entbindet die Abfallerzeuger nicht von den ihnen obliegenden Verpflichtungen aus der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV). Bestätigungen oder Erklärungen i. S. d. GewAbfV werden nicht ausfertigt.

(5) Es gelten die Bestimmungen der Nachweisverordnung (NachwV), bei der Anlieferung gefährlicher Abfälle ist nach Abschnitt 4 dieser Verordnung zu verfahren.

(6) Die Gebühren für die Annahme von Abfällen werden durch eine gesonderte Satzung festgesetzt.

§ 4 Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen

(1) Alle Nutzer sind bei Abfallanlieferungen verpflichtet, bei der Einfahrt auf die Abfallentsorgungsanlage einzeln und in Schrittgeschwindigkeit auf und über die Waage zu fahren und beim Betriebspersonal die verlangten Kenndaten anzugeben.

Anzugebende Kenndaten sind z. B.:

- Kfz-Kennzeichen des Anliefererfahrzeuges,
- Anschrift des Zahlungspflichtigen,
- Art des Abfalls und
- Name und Anschrift des Abfallerzeugers.

Die erhobenen und verarbeiteten Daten unterliegen dem Datenschutz.

(2) Die Nutzer haben den Weisungen des Betriebspersonals Folge zu leisten. Alle Nutzer werden grundsätzlich durch das Betriebspersonal vor dem Abladen der Abfälle eingewiesen.

(3) Die Nutzer haben sich auf dem Betriebsgelände der Abfallentsorgungsanlagen so zu verhalten, dass die Ordnung und Sicherheit gewährleistet wird, der Betriebsablauf nicht gestört wird und das Betriebspersonal sowie andere Nutzer nicht gefährdet oder geschädigt werden. Die in § 1 Abs. 2 aufgeführten Abfallentsorgungsanlagen des ZAS sind videoüberwacht.

(4) Die Abfälle sind so anzuliefern, dass Verunreinigungen und Verwehungen von Abfällen auf angrenzenden Flächen und auf dem Betriebsgelände ausgeschlossen werden. Belästigungen während des Transports der Abfälle durch Geruch, Staub oder Lärm sind zu vermeiden.

(5) Bei Betriebsstörungen der Abfallentsorgungsanlagen kann die Annahme von Abfällen sofort eingestellt werden. Das Betriebspersonal kann die Nutzer an eine andere Abfallentsorgungsanlage des ZAS verweisen oder ganz abweisen. Damit ggf. entstehende Mehraufwendungen werden nicht ersetzt.

(6) Das Betriebspersonal ist berechtigt, die Abfälle vor dem Entladen zu überprüfen. Im Zweifelsfall kann es die Entnahme und Untersuchung von Proben anordnen. Die Kosten für derartige Untersuchungen trägt im Falle einer Falschdeklaration der Nutzer (Abfallerzeuger bzw. Abfallbeförderer). Das Betriebspersonal ist berechtigt, bei Nichtvorliegen der Voraussetzungen für die Annahme von Abfällen Abfallanlieferungen zurückzuweisen, auch wenn die Abfälle bereits entladen worden sind. Alle in diesem Zusammenhang zusätzlich entstehenden Kosten trägt der Nutzer.

(7) Für technologisch und arbeitsorganisatorisch bedingte Wartezeiten bestehen keinerlei Ansprüche gegen den ZAS.

(8) Das Betreten von Gebäuden oder Einrichtungen auf den Abfallentsorgungsanlagen des ZAS, die nicht mit der Anlieferung in Zusammenhang stehen, ist nur mit Genehmigung des Betriebspersonals gestattet.

(9) Der Aufenthalt auf dem Betriebsgelände ist auf den Entsorgungsvorgang beschränkt.

(10) Rauchen und offenes Feuer sind auf dem Betriebsgelände verboten.

(11) Die Öffnungszeiten der Abfallentsorgungsanlagen gibt der ZAS gemäß seiner Verbandssatzung bekannt. Über Abweichungen von den regulären Öffnungszeiten wird in geeigneter Form (durch Aushang, auf der Homepage) informiert.

§ 5

Eigentumsübergang

(1) Mit der Annahme (körperliche Übergabe) gehen die Abfälle in das Eigentum des ZAS über.

(2) Der ZAS ist nicht verpflichtet, auf dem Gelände der Entsorgungsanlagen und deren Annahmeeinrichtungen nach verloren gegangenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Auf den Anlagen gefundene Wertgegenstände werden als Fundsache behandelt.

(3) Das Auslesen/Aussortieren und Mitnehmen von Gegenständen (u. a. Abfälle, Wertstoffe, Elektroaltgeräte und Metallschrott) ist verboten.

(4) Handel- und Tauschgeschäfte sind auf dem Gelände der Abfallentsorgungsanlagen untersagt.

§ 6

Verkehrsflächen

(1) Die Verkehrsflächen der Abfallentsorgungsanlagen sind nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmet. Die Verkehrsregelung erfolgt durch Verkehrsschilder und Handzeichen des Betriebspersonals. Die Nutzer haben ihre Fahrweise und Geschwindigkeit an die jeweilige Situation anzupassen. Unabhängig davon sind als Höchstgeschwindigkeit auf allen Verkehrsflächen max. 10 km/h zugelassen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO).

(2) Es dürfen nur die ausgeschilderten bzw. gekennzeichneten Fahrwege benutzt werden bzw. ist den Anweisungen des Betriebspersonals Folge zu leisten. Einschränkungen des Fahrverkehrs aus betriebstechnischen oder anderen sachlichen Gründen sind hinzunehmen und zu beachten.

(3) Das Parken von Fahrzeugen sowie das Abstellen von Behältern sind nur auf ausgewiesenen Flächen und nach Zuweisung durch das Betriebspersonal gestattet.

(4) Das Befahren der Abfallentsorgungsanlagen ist nur mit geeigneten Fahrzeugen gestattet. Offensichtlich ungeeignete Fahrzeuge werden durch das Betriebspersonal zurückgewiesen.

(5) Bei einem Defekt an einem Fahrzeug oder bei einem liegen gebliebenen Fahrzeug kann das Betriebspersonal Maßnahmen zur Wiederherstellung eines ungestörten Betriebsablaufes einleiten. Für dabei ggf. entstehende Schäden haftet der ZAS nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Im Übrigen sind die Kosten für Mehraufwendungen oder Schäden von den Nutzern zu tragen.

§ 7

Entladung und Arbeitssicherheit

(1) Auf den Abfallentsorgungsanlagen des ZAS finden neben den gesetzlichen Vorschriften zum Arbeitsschutz und zur Arbeitssicherheit (u. a. ArbSchG, ArbStättV, GefStoffV, BioStoffV u. BetrSichV) die Unfallverhütungsvorschriften (UVV) des zuständigen Unfallversicherungsträgers, der Unfallkasse Sachsen (u. a. DGUV Vorschrift 1, DGUV Vorschrift 44, DGUV Vorschrift 71, DGUV Regel 114-005 und DGUV Regeln 114-601 sowie 114-602) Anwendung.

(2) Für die Nutzer kann der ZAS Regelungen zur Sicherheit für die Annahme und das Entladen der Abfälle an den Abfallentsorgungsanlagen auch in Form von Merkblättern treffen. Diese werden durch Aushang im Betriebsgelände der Anlagen den Nutzern zur Kenntnis gebracht.

(3) Die allgemeinen und speziellen Vorschriften zur Unfallverhütung sind von den Nutzern strikt zu beachten und einzuhalten.

(4) Die Nutzer haben selbst für einen ordnungsgemäßen und zügigen Entladevorgang zu sorgen. Die Abfälle bzw. Wertstoffe müssen vom Nutzer nach den Anweisungen des Anlagenpersonals selbst sortiert werden.

§ 8

Haftung

(1) Für Schäden im Zusammenhang mit der Benutzung oder dem Betreten der Abfallentsorgungsanlagen haftet der ZAS gegenüber dem Geschädigten nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit seines Personals.

(2) Der ZAS haftet nicht für Kosten, die durch die Zurückweisung von Abfällen entstehen.

(3) Der ZAS haftet nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass seine Abfallentsorgungsanlagen wegen Betriebsstörungen oder Wartungsarbeiten nicht oder nicht in vollem Umfang genutzt werden können.

(4) Bei unbefugtem Betreten haftet der ZAS nicht.

(5) Die Nutzer haften für Schäden, die dem ZAS oder seinem Betriebspersonal bei der Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen entstehen, es sei denn, es wird der Nachweis erbracht, dass der Nutzer die Schäden nicht verschuldet hat.

(6) Die Nutzer haben den ZAS von allen Ansprüchen Dritter freizustellen.

§ 9 Auskunftspflicht

(1) Die Nutzer sind verpflichtet, die gem. § 4 Abs. 1 erforderlichen Angaben zu machen.

(2) Im Einzelfall können weitere Angaben und Nachweise verlangt werden, soweit dies zur Aufrechterhaltung eines den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Anlagenbetriebes erforderlich ist.

§ 10 Weitere Anordnungen

Der ZAS kann zum Vollzug dieser Benutzungssatzung allgemeine oder für den Einzelfall bestimmte Anordnungen erlassen. Diese Anordnungen sind von den Nutzern zu befolgen.

§ 11 Modellversuche

Zur Erprobung von neuen Methoden und Systemen zur Annahme, Erfassung, Beförderung und Verwertung von Abfällen kann der ZAS Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung durchführen. Der ZAS hat die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und einzuleiten, einschließlich Information der Nutzer. Die Nutzer sind zur Mitwirkung verpflichtet.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

(1) Nach §§ 6 Abs. 2 und 47 Abs. 2 SächsKomZG sowie § 124 SächsGemO kann die zuständige Behörde Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße ahnden.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) entgegen § 1 Abs. 2 der Benutzungssatzung Abfälle nicht an einer Abfallentsorgungsanlage des ZAS anliefern,
- b) entgegen § 3 Abs. 2 ausgeschlossene Abfälle anliefern oder anliefern lässt,
- c) entgegen § 4 Abs. 1 und Abs. 6 falsche Angaben über die Herkunft, Art und Zusammensetzung der Abfälle macht,
- d) entgegen § 4 Abs. 2 die Anordnungen des ZAS nicht befolgt,
- e) entgegen § 4 Abs. 10 handelt,
- f) entgegen § 5 Abs. 3 unbefugt Gegenstände aussortiert oder mitnimmt und
- g) entgegen § 7 die allgemeinen und speziellen Vorschriften zur Unfallverhütung missachtet.

Zusätzliche Kosten, die dem ZAS durch eine Ordnungswidrigkeit entstehen, hat der Verursacher in voller Höhe zu tragen.

(3) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße von 25,00 EUR bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden.

§ 13 Bekanntmachung

Die Bekanntmachung dieser Satzung erfolgt im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblattes und in den Amtsblättern des Erzgebirgskreises und des Landkreises Zwickau.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Benutzungssatzung tritt zum 1. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Benutzungssatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen – Benutzungssatzung MUSTen vom 11. Oktober 2021 außer Kraft.

Stollberg, den 2. Dezember 2024

Michaelis
Verbandsvorsitzender

Anlage: Abfallartenannahmekatalog**Anlage Benutzungssatzung: Abfallartenannahmekatalog**

ASN	Abfälle nach der Abfallverzeichnisverordnung (AVV)
aus dem Kapitel 15	Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzkleidung (a.n.g.)
15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe
15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff
15 01 03	Verpackungen aus Holz
15 01 05	Verbundverpackungen
15 01 06	gemischte Verpackungen
15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme derjenigen, die unter 15 02 02 fallen
aus dem Kapitel 17	Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten)
17 01 02 ²⁾	Ziegel
17 01 03 ²⁾	Fliesen und Keramik
17 01 07 ²⁾	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen
17 02 01	Holz
17 02 02 ²⁾	Glas
17 02 03	Kunststoff
17 03 03*	Kohlenteer und teerhaltige Produkte
17 06 03*	anderes Dämmmaterial, das aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält
17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01 und 17 06 03 fällt
17 06 03*/ 17 06 04 ³⁾	HB CD-haltige Abfälle
17 06 05*	asbesthaltige Baustoffe
17 09 04	gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen
aus dem Kapitel 18	Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung (ohne Küchen- und Restaurantabfälle, die nicht aus der unmittelbaren Krankenpflege stammen)
18 01 01 ^{1) 2)}	spitze oder scharfe Gegenstände (außer 18 01 03)
18 01 04	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z. B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln)
18 02 01 ^{1) 2)}	spitze oder scharfe Gegenstände mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 02 02 fallen
aus dem Kapitel 19	Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke
19 12 12	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen
aus dem Kapitel 20	Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen), einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen
20 01 01	Papier und Pappe
20 01 02	Glas
20 01 10	Bekleidung

20 01 11	Textilien
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37 fällt
20 01 39 ²⁾	Kunststoffe
20 02 01	biologisch abbaubare Abfälle
20 02 02 ²⁾	Boden und Steine
20 02 03	andere nicht biologisch abbaubare Abfälle
20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle
20 03 02	Marktabfälle
20 03 03	Straßenkehricht
20 03 06	Abfälle aus der Kanalreinigung
20 03 07	Sperrmüll
20 03 99	Siedlungsabfälle a.n.g.

* gefährliche Abfälle

Sie dürfen, sofern eine Nachweispflicht besteht, nur unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften angeliefert werden.

- 1) Anlieferung in bruchfesten Einwegbehältnissen
- 2) keine Annahme in Reinsdorf
- 3) Anlieferungen von Dämmstoffen aus dem Baubereich (z.B. Styropor) nur unter Vorlage einer Abfallanalyse (POP-Schadstoffgehalt wie z.B. HBCD).

Gebührensatzung

für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen)

des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) –

Gebührensatzung MUSTen

Auf der Grundlage

- des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212),
 - des Gesetzes über die Kreislaufwirtschaft und den Bodenschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz – SächsKrWBodSchG) vom 22. Februar 2019 (SächsGVBl. S. 187),
 - des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270)
 - der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99),
 - des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (Sächs-KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116)
 - der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen vom 13. Dezember 2021,
 - der Benutzungssatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen
- jeweils in der gültigen Fassung,

erlässt der Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) die durch die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 28. November 2024 beschlossene Gebührensatzung Müllumladestationen.

§ 1

Gebührentatbestand

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) erhebt für das Vorhalten und die Benutzung seiner Abfallentsorgungsanlagen Gebühren zur Deckung aller im Zusammenhang mit der Entsorgung der in der Anlage aufgeführten Abfallarten anfallenden Kosten nach den Bestimmungen dieser Satzung.

§ 2

Gebührenmaßstab

(1) Die Gebühr für alle zur Annahme zugelassenen Abfälle bemisst sich, mit Ausnahme der Regelungen in § 3 Absatz 3 und 4, nach der Abfallart gemäß Anlage dieser Satzung und der durch Wägung ermittelten Masse in (t).

(2) Bei Störungen oder Ausfall der Wägetechnik kann bei Zustimmung des Gebührenschuldners die Ermittlung der Gebühr vom Betriebspersonal durch eine Schätzung der Masse erfolgen. Der Gebührenschuldner dokumentiert durch seine Unterschrift sein Einverständnis zu dieser Schätzung.

Wird die nach Satz 1 erforderliche Zustimmung verweigert oder ist eine Schätzung der Masse nicht möglich, kann der Gebührenschuldner vom Betriebspersonal auf eine andere Abfallentsorgungsanlage des ZAS verwiesen oder gänzlich abgewiesen werden.

(3) Bei der Anlieferung von vermischten Abfällen, die einer Abfallart i. S. v. § 2 Abs. 1 i. V. m. der Anlage zu dieser Satzung nicht eindeutig zugeordnet werden können, wird die Abfallart mit dem höheren Gebührensatz gem. § 3 für die Ermittlung der Gebühr zugrunde gelegt. Das Betriebspersonal entscheidet über die Zuordnung der Abfälle.

§ 3

Gebührensatz

(1) Für den Gebührensatz gilt die Anlage dieser Satzung. Die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.

(2) Ungeachtet von Absatz 1 wird für jede Anlieferung eine Mindestgebühr von 18,00 €/Anlieferung erhoben.

(3) Anlieferungen bis zu einer geschätzten Masse unter 200 kg werden nicht verwogen. Es erfolgt eine Abrechnung nach Maßgabe des Absatzes 2. Sollten Anlieferungen nicht hinreichend eingeschätzt werden können, ist zur Klarstellung zu wiegen.

(4) Abweichend von Absatz 3 erfolgt bei Anlieferung der nachfolgend benannten Abfallarten mit einer Masse von weniger als 200 kg die Gebührenfestsetzung nach Volumen:

- | | |
|-----------------|--------------------------------|
| – ASN 17 06 03* | |
| – und 17 06 04 | je angefangenen 0,5 m³ 18,30 € |
| – ASN 17 03 03* | je angefangenen 0,1 m³ 76,00 € |
| – ASN 17 06 05* | je angefangenen 0,1 m³ 46,00 € |

§ 4

Gebührensschuldner

Gebührensschuldner ist, wer an den vom ZAS betriebenen Abfallentsorgungsanlagen Abfälle gemäß der Anlage dieser Satzung anliefert. Weist der Anlieferer dem ZAS nach, dass er die Abfälle im Auftrag eines Dritten anliefert, so ist der Dritte abweichend von Satz 1 Gebührenschuldner. Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 5

Entstehen, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschuld

(1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Übergabe der Abfälle im Eingangsbereich der Müllumladestationen an das Betriebspersonal.

(2) Die Gebührenschuld wird mit ihrer Entstehung fällig und ist beim Betriebspersonal zu begleichen, sofern in dieser Satzung keine anderen Regelungen vorgehen. Ein entsprechender Quittungsbeleg wird dem Gebührenschuldner ausgehändigt.

(3) Ist der Gebührenschuldner eine Körperschaft des öffentlichen Rechts bzw. ein von ihr beauftragter Dritter im Sinne von § 22 KrWG, so wird die Gebühr mit einem Gebührenbescheid festgesetzt und innerhalb von zwei Wochen fällig.

(4) Gebührenschuldner, die nicht die Voraussetzungen des Absatzes 3 erfüllen, können auf schriftlichen Antrag vor der ersten Anlieferung unter Angabe von Gründen von der Zahlung unmittelbar bei Anlieferung freigestellt werden. Über den Antrag entscheidet die Verbandsverwaltung. Die Freistellung erfolgt schriftlich. Im Falle der Freistellung gelten die Rechtsfolgen des Absatzes 3 entsprechend. Freistellungen können jederzeit ohne Angabe von Gründen durch den ZAS widerrufen werden.

§ 6

Stundung, Niederschlagung, Erlass und Verzinsung der Gebührenschuld

(1) Für die Stundung, die Niederschlagung, den Erlass und die Verzinsung der Gebührenschuld gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) und der Abgabenordnung (AO) entsprechend.

(2) Der Abfallzweckverband kann auf begründeten Antrag des Gebührenpflichtigen Forderungen aus dem Gebührenschuldverhältnis ganz oder zum Teil stunden, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles eine erhebliche Härte für den Gebührenpflichtigen bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.

(3) Wird einem Antrag auf Stundung die Zustimmung erteilt, werden Zinsen in Höhe von 0,5 von Hundert je Monat erhoben. Stundungszinsen sind nur für volle Monate zu er-

heben, angefangene Monate bleiben außer Ansatz. Hat der Gebührenschuldner keine Stundung beantragt bzw. wurde der Antrag auf Stundung abgewiesen, werden Säumniszuschläge in Höhe von 1,0 von Hundert für jeden angefangenen Monat erhoben.

(4) Über Stundung, Niederschlagung oder Erlass entscheidet der Verbandsvorsitzende. Er kann diese Entscheidung auf die Verbandsverwaltung delegieren.

§ 7

Bekanntmachung

Die Bekanntmachung dieser Satzung erfolgt im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblattes und in den Amtsblättern des Erzgebirgskreises und des Landkreises Zwickau.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Gebührensatzung für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung MUSTen vom 11. Oktober 2021 außer Kraft.

Stollberg, den 2. Dezember 2024

Michaelis
Verbandsvorsitzender

Anlage: Gebührenverzeichnis**Anlage Gebührensatzung: Gebührenverzeichnis**

ASN	Abfälle nach der Abfallverzeichnisverordnung	Gebühr in €/t
aus dem Kapitel 15	Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzkleidung (a.n.g.)	185,79
15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe	
15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff	
15 01 03	Verpackungen aus Holz	
15 01 05	Verbundverpackungen	
15 01 06	gemischte Verpackungen	
15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme derjenigen, die unter 15 02 02 fallen	
aus dem Kapitel 17	Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten)	185,79
17 02 01	Holz	
17 02 02 ²⁾	Glas	
17 02 03	Kunststoff	
17 09 04	gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen	
abweichend davon:		
17 01 02 ²⁾	Ziegel	78,38
17 01 03 ²⁾	Fliesen und Keramik	78,38
17 01 07 ²⁾	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen	78,38
17 03 03*	Kohlenteer und teerhaltige Produkte	638,08
17 06 03*	anderes Dämmmaterial, das aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält (z. B. Dämmwolle mit gefährlichen Bestandteilen)	601,71
17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01 und 17 06 03 fällt (z. B. Dämmwolle ungefährlich)	601,71
17 06 03*/ 17 06 04 ³⁾	HBCD-haltige Abfälle, Dämmstoffe	1.733,56
17 06 05*	asbesthaltige Baustoffe	313,73
aus dem Kapitel 18	Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung (ohne Küchen- und Restaurantabfälle, die nicht aus der unmittelbaren Krankenpflege stammen)	185,79
18 01 01 ^{1) 2)}	spitze oder scharfe Gegenstände (außer 18 01 03)	
18 01 04	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z. B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln)	
18 02 01 ^{1) 2)}	spitze oder scharfe Gegenstände mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 02 02 fallen	
aus dem Kapitel 19	Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke	172,59
19 12 12	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen	

aus dem Kapitel 20	Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen), einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen	185,79
20 01 02	Glas	
20 01 10	Bekleidung	
20 01 11	Textilien	
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37 fällt	
20 01 39 ²⁾	Kunststoffe	
20 02 01	biologisch abbaubare Abfälle	
20 02 03	andere nicht biologisch abbaubare Abfälle	
20 03 02	Marktabfälle	
20 03 03	Straßenkehricht	
20 03 06	Abfälle aus der Kanalreinigung	
20 03 99	Siedlungsabfälle a.n.g.	
abweichend davon:		
20 01 01	Papier und Pappe	25,93
20 02 02 ²⁾	Boden und Steine	78,38
20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle, kommunale Sammlung	166,79
20 03 07	Sperrmüll, kommunale Sammlung	141,00
20 03 07	Sperrmüll	154,00
Fremdverwiegung		5,00

* gefährliche Abfälle

Sie dürfen, sofern eine Nachweispflicht besteht, nur unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften angeliefert werden.

- 1) Anlieferung in bruchfesten Einwegbehältnissen
- 2) keine Annahme in Reinsdorf
- 3) Anlieferungen von Dämmstoffen aus dem Baubereich (z. B. Styropor) nur unter Vorlage einer Abfallanalyse (POP-Schadstoffgehalt wie z. B. HBCD).

Für Mindestmengen werden abweichende Gebühren gemäß § 3 der Satzung erhoben.

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 5 Absatz 3 und § 47 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) über die Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Vom 29. November 2024

Aufgrund von § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 88c Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, wird der durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen in der 106. Sitzung vom 29. November 2024 festgestellte Jahresabschluss 2023 bekannt gemacht.

	Euro
1. Bilanzsumme	311.532.862,79
1.1 davon entfallen auf Aktivseite	
das Anlagevermögen	234.244.110,27
das Umlaufvermögen	67.444.252,91
aktive Rechnungsabgrenzungsposten	9.844.499,61
1.2 davon entfallen auf die Passivseite	
die Kapitalposition	0,00
die Sonderposten	242.187.882,87
die Rückstellungen	8.911.899,63
die Verbindlichkeiten	50.376.358,87
passive Rechnungsabgrenzungsposten	10.056.721,42

2. Ergebnisrechnung 2023	
– ordentliche Erträge	270.672.338,19
– außerordentliche Erträge	1.477,74
– ordentliche Aufwendungen	270.673.815,93
– Gesamtergebnis	0,00
3. Finanzrechnung 2023	
– Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	95.716.065,58
– Zahlungsmittelsaldo aus laufender Investitionstätigkeit	–86.963.911,62
– Veränderung des Zahlungsmittelbestandes	8.131.362,65

Der Jahresabschluss 2023, bestehend aus der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, dem Rechenschaftsbericht und dem Anhang, wurde durch die Nexia GmbH geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss 2023 mit Rechenschaftsbericht liegt

vom 6. Januar 2025 bis 14. Januar 2025

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen, Am Rathaus 2, 09111 Chemnitz, zur öffentlichen Einsichtnahme zu folgenden Zeiten aus:

Montag bis Donnerstag:	9:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Freitag:	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr.

Chemnitz, den 29. November 2024

Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
Sven Schulze
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) über die öffentliche Auslegung des Beteiligungsberichtes 2023

Vom 29. November 2024

Gemäß § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, in Verbindung mit § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen in der 106. Sitzung vom 29. November 2024 den Beteiligungsbericht zum Geschäftsjahr 2023 zur Kenntnis genommen.

Der Beteiligungsbericht 2023 liegt

vom 6. Januar 2025 bis 14. Januar 2025

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen, Am Rathaus 2, 09111 Chemnitz, zur öffentlichen Einsichtnahme zu folgenden Zeiten aus:

Montag bis Donnerstag:	9:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Freitag:	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Des Weiteren steht der Bericht unter <https://www.vms.de/vms/informationen/satzung-berichte> auch elektronisch zur Verfügung.

Chemnitz, den 29. November 2024

Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen
Sven Schulze
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Sachsen über die Haushaltssatzung 2025 und die öffentliche Auslegung der Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan 2025

Vom 26. September 2024

Aufgrund § 47 Absatz 2 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 und den §§ 58 und 60 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, § 95a der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist und § 11 der Verbandssatzung vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273), die zuletzt am 30. September 2020 (SächsABl. S. 1361) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung die folgende Haushaltssatzung, zugleich Festsetzung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2025, am 26. September 2024 als Satzung beschlossen:

§ 1 Erfolgsplan, Liquiditätsplan

Der Erfolgsplan wird festgesetzt mit

Erträgen von	11.715.550 €
Aufwendungen von	11.715.550 €
Jahresüberschuss/-fehlbetrag von	0 €

Der Liquiditätsplan wird festgesetzt mit

dem Jahresüberschuss von	0 €
dem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit von	1.223.000 €
dem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit von	-5.003.000 €
dem Saldo von	-3.780.000 €

dem Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit von	1.520.000 €
dem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit von	-2.365.000 €
dem Saldo aus Investitionstätigkeit von	-845.000 €

dem Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit von	4.682.000 €
dem Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit von	0 €

einem Finanzmittelbestand am Ende des Wirtschaftsjahres	173.000 €
---	-----------

§ 2 Kredite

Der Höchstbetrag der Kredite wird festgesetzt auf	0 €
---	-----

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Höchstbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	1.000.000 €
--	-------------

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	700.000 €
---	-----------

§ 5 Verbandsumlage

(1) Die Betriebskostenumlage wird nach § 11 der Verbandssatzung erhoben. Sie wird festgesetzt auf

	1.732.710 €
--	-------------

(2) Solange die Mengen (Tonnage) und Einwohnerzahlen nach § 11 der Verbandssatzung nicht vorliegen, ist zunächst der zuletzt verfügbare Stand des Umlageschlüssels zugrunde zu legen.

Auslegung

Die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan 2025 liegt für die Dauer einer Woche beim Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen, OT Lenz, Staudaer Weg 1, 01561 Priestewitz, jeweils von Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr öffentlich aus. Die Auslegungsfrist beginnt am ersten Arbeitstag nach dem Erscheinen jener Ausgabe des Sächsischen Amtsblatts (Amtlicher Anzeiger), die diese Bekanntmachung enthält.

Priestewitz, den 26. September 2024

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen
Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung
Feststellung der Haushaltssatzung
zum Wirtschaftsplan für den Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
für das Jahr 2025

Vom 9. Dezember 2024

- Aufgrund von
1. § 60 Absatz 1 und § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit, in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist.
 2. § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist.
 3. § 20 sowie §§ 17 und 18 der Verbandssatzung vom 29. September 2015 (SächsABl. S. 1750), das zuletzt am 1. Dezember 2022 (SächsABl. 2023, S. 413) geändert worden ist,
- hat die Versammlung am 25. November 2024 folgende Haushaltssatzung nebst Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt:

- | | |
|-------------------|-------------|
| 1. im Erfolgsplan | |
| die Erträge | 3.969.300 € |
| die Aufwendungen | 3.847.600 € |
| Jahresergebnis | 121.700 € |

- | | |
|--|--------------|
| 2. im Liquiditätsplan | |
| Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit | 1.222.000 € |
| Mittelzu-/Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit | -1.480.000 € |
| Mittelzu-/Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit | -326.200 € |

§ 2

- Es werden außerdem festgesetzt:
- | | |
|---|-----------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen | 0 € |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 € |
| 3. die Betriebskostenumlage für die Stadt Wilsdruff | 411.670 € |
| die Betriebskostenumlage für die Stadt Tharandt | 12.800 € |
| 4. Umlage der Gemeinde Klipphausen für Einleitung der Abwässer | 220.000 € |
| 5. Finanzierungskostenumlage | 0 € |
| 6. der Höchstbetrag an Kassenkrediten | 300.000 € |

§ 3

Die Haushaltssatzung nebst Wirtschaftsplan (Anlage) tritt, entsprechend § 76 Abs. 3 Satz 1 der SächsGemO, am 1. Januar 2025 in Kraft.

Wilsdruff, 09.12.2024

Carsten Hahn
Verbandsvorsitzender

Mit Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde vom 3. Dezember 2024 wurde die Rechtmäßigkeit der Haushaltssatzung 2025 sowie des Wirtschaftsplanes mit Anlagen bestätigt.

Die Satzung wurde ausgefertigt und wird öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachung erfolgt hiermit gemäß den Festlegungen der Sächsischen Gemeindeordnung in

der geltenden Fassung unter dem Hinweis, dass die Haushaltssatzung 2025 einschließlich des Wirtschaftsplanes in der Zeit vom 6. Januar 2025 bis einschließlich 14. Januar 2025 (täglich von 8:00 bis 12:00 Uhr, dienstags zusätzlich von 14:00 bis 18:00 Uhr) zur kostenlosen Einsicht in der Geschäftsstelle des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ ausliegt.

Wilsdruff, den 10. Dezember 2024

Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
Carsten Hahn
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH

Öffentliche Bekanntmachung der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH zur Geltung der Ergänzenden Bestimmungen zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV)

Die Ergänzenden Bestimmungen der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) ändern sich zum 1. Januar 2025 wie folgt:

Die Ziffer 4.2 der Ergänzenden Bestimmungen der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) wird ersatzlos gestrichen.

Die nachfolgenden Ziffern ändern sich in ihrer Nummerierung entsprechend. Zudem werden in der neuen Ziffer 4.4 sowie in Ziffer 5 die Verweise auf die aufgehobene Ziffer 4.2 der Ergänzenden Bestimmungen der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) gestrichen.

Regelung der Kostenerstattung durch Anschlussnehmer für Trinkwasser gültig ab 1. Januar 2025

1. Grundsätze

1.1 Die Regelung der Kostenerstattung durch Anschlussnehmer für Trinkwasser basiert auf der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV), den Ergänzenden Bestimmungen der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (nachfolgend Gesellschaft genannt) zur AVBWasserV, sowie dem jeweils gültigen technischen Regelwerk der Gesellschaft.

1.2 Die Erstattung der Kosten für die Erstellung und Veränderung von Hausanschlüssen an die Gesellschaft erfolgt grundsätzlich nach Pauschalsätzen. Davon ausgenommen sind Hausanschlüsse entsprechend Punkt 2.3 dieser Regelung sowie Hausanschlüsse, die im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen durch die Gesellschaft hergestellt werden (Kosten der Erschließungsmaßnahme). Wird der Hausanschluss durch die Gesellschaft jedoch erst hergestellt, nachdem die Erschließungsmaßnahme abgeschlossen ist, so gelten die Pauschalsätze der Gesellschaft nach dieser Regelung.

1.3 In allen Fällen, in denen die Gesellschaft Leistungen nicht nach Pauschalsätzen, sondern nach Aufwand berechnet, wird für die entstehenden Regiekosten eine Aufwandspauschale berechnet:

netto	514,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	35,98 EUR
brutto	549,98 EUR

Diese Bestimmung gilt nicht bei Erstellung von Neuanschlüssen im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen.

2. Herstellung von Neuanschlüssen

2.1 Pauschalsätze

für die Herstellung eines Hausanschlusses bis einschließlich DN 100:

	bis DN 50	bis DN 100
Grundbetrag netto	3.458,00 EUR	3.957,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	242,06 EUR	276,99 EUR
Grundbetrag brutto	3.700,06 EUR	4.233,99 EUR

je laufenden Meter Anschlusslänge – mit Erdarbeiten:

netto	332,00 EUR	372,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	23,24 EUR	26,04 EUR
Meterpreis brutto	355,24 EUR	398,04 EUR

je laufenden Meter Anschlusslänge – ohne Erdarbeiten:

netto	31,00 EUR	69,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	2,17 EUR	4,83 EUR
Meterpreis brutto	33,17 EUR	73,83 EUR

2.2 Anschlusslänge

Als Anschlusslänge gilt grundsätzlich die Entfernung von der Straßenmitte im Zuge der Leitung gemessen – unabhängig von der Lage der öffentlichen Versorgungsleitung – bis zur Hauptabsperrvorrichtung vor dem Wasserzähler.

2.3 Hausanschlüsse größer DN 100

Hierfür erstellt die Gesellschaft ein gesondertes Kostenangebot. Der Aufwand ist vom Anschlussnehmer zu erstatten.

2.4 Eigenleistung

2.4.1 Erfolgt durch den Anschlussnehmer innerhalb seines Grundstückes eine Schutzrohrverlegung nach den Vorgaben der Gesellschaft vom Hausinneren bis zur Grundstücksgrenze einschließlich Wanddurchführungen, Aufschachten, Einsanden, Verfüllen, Verdichten und Wiederherstellen der Oberfläche, gelten die Pauschalsätze gemäß Punkt 2.1, wobei sich der Grundbetrag um 15 % reduziert. Schutzrohr und Wanddurchführung verbleiben im Eigentum des Anschlussnehmers.

2.4.2 Ist zwischen dem Anschlussnehmer und der Gesellschaft nur das Aufschachten, Verfüllen, Verdichten und Wiederherstellen der Oberfläche auf seinem Grundstück als Eigenleistung vereinbart, so ermäßigen sich die Hausanschlusskosten um

netto	80,00 EUR/m Rohrgraben
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	5,60 EUR
brutto	85,60 EUR/m Rohrgraben

Das Einsanden im Rahmen der Rohrverlegung erfolgt in diesem Fall ausschließlich durch die Gesellschaft bzw. durch den beauftragten Dritten.

2.5 Inbetriebsetzung

Für Trinkwasserhausanschlüsse, die nach Aufwand abgerechnet werden bzw. die im Rahmen von fremden Erschließungsmaßnahmen hergestellt wurden und bei denen im Zuge der Inbetriebsetzung keine nachträgliche Leitungsverlängerung erforderlich ist, berechnet die Gesellschaft für die Inbetriebsetzung:

netto	214,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	14,98 EUR
brutto	228,98 EUR

3. Auswechslung und Veränderung von Hausanschlüssen**3.1 Auswechslungen**

Als Auswechslung gilt ausschließlich die Leitungserneuerung in gleicher Dimension und gleicher Trasse. Auswechslungen sind grundsätzlich kostenfrei, es sei denn, die Auswechslung ist technisch nicht notwendig und durch den Anschlussnehmer beauftragt. In diesem Fall gelten die Pauschalsätze und Regelungen gemäß Punkt 2.

3.2 Veränderungen (Änderung oder Erweiterung)

Für Veränderungen des Hausanschlusses, die durch eine Änderung oder Erweiterung der Anlage erforderlich oder aus anderen Gründen vom Anschlussnehmer veranlasst werden, gelten die Pauschalsätze und Regelungen gemäß Punkt 2.

3.3 Eigenleistung

Es gelten die Regelungen gemäß Punkt 2.4.

3.4 Trennung

Ändert sich, veranlasst durch den Anschlussnehmer, die Trasse eines Hausanschlusses, so wird für die Trennung des alten Hausanschlusses folgender Pauschalbetrag berechnet:

netto	1.574,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	110,18 EUR
brutto	1.684,18 EUR

3.5 Messstellenumverlegung

Erfolgt eine vom Anschlussnehmer veranlasste Verlegung der Messstelle im Grundstück, ohne dass Leitungsbau oder Erdarbeiten erforderlich werden, so wird dafür folgender Pauschalbetrag berechnet:

netto	409,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 7 %	28,63 EUR
brutto	437,63 EUR

4. Baukostenzuschuss

Die Gesellschaft ist berechtigt, auf der Grundlage der AVBWasserV für Trinkwasser sowie der Ergänzenden Bestimmungen der Gesellschaft zur AVBWasserV einen Baukostenzuschuss zu erheben.

5. Inkrafttreten

Diese Regelung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung am 1. Januar 2025 in Kraft.

**Regelung der Kostenerstattung durch
Anschlussnehmer für Abwasser
gültig ab 1. Januar 2025**

1. Grundsätze

1.1 Die Regelung der Kostenerstattung durch Anschlussnehmer für Abwasser basiert auf den jeweils gültigen Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB-A) sowie dem jeweils gültigen technischen Regelwerk der Kommune Wasserwerke Leipzig GmbH (nachfolgend Gesellschaft genannt).

1.2 Die Erstattung der Kosten für die Herstellung und Veränderung von Grundstücksanschlüssen an die Gesellschaft erfolgt grundsätzlich nach Pauschalsätzen. Davon ausgenommen sind Grundstücksanschlüsse entsprechend Punkt 2.3 dieser Regelung sowie Grundstücksanschlüsse, die im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen durch die Gesellschaft hergestellt

werden (Kosten der Erschließungsmaßnahme). Wird der Grundstücksanschluss durch die Gesellschaft jedoch erst hergestellt, nachdem die Erschließungsmaßnahme abgeschlossen ist, so gelten die Pauschalsätze der Gesellschaft nach dieser Regelung.

1.3 In allen Fällen, in denen die Gesellschaft Leistungen nicht nach Pauschalsätzen, sondern nach Aufwand berechnet, wird für die entstehenden Regiekosten eine Aufwandspauschale berechnet:

netto	514,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 19 %	97,66 EUR
brutto	611,66 EUR

Diese Bestimmung gilt nicht bei Herstellung von Neuanschlüssen im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen.

2. Herstellung von Neuanschlüssen**2.1 Pauschalsatz**

für die Herstellung eines Grundstücksanschlusses bis einschließlich DN 250:

Grundbetrag netto	2.808,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 19 %	533,52 EUR
Grundbetrag brutto	3.341,52 EUR

Meterpreis je laufenden Meter Anschlusslänge bis zu einer Tiefe der Einbindung am öffentlichen Kanal (Sohle des Hausanschlusskanals) von 4,5 Meter:

netto	651,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 19 %	123,69 EUR
Meterpreis brutto	774,69 EUR

2.2 Anschlusslänge

Als Anschlusslänge gilt grundsätzlich die Entfernung von der Straßenmitte im Zuge der Leitung gemessen, unabhängig von der Lage des öffentlichen Abwasserkanals, bis zur Grundstücksgrenze/Einbindung in den Übergabeschacht auf dem Grundstück.

2.3 Abweichende Kosten von den Pauschalsätzen

Für die folgenden Hausanschlüsse erstellt die Gesellschaft ein gesondertes Kostenangebot:

- für Querschnitte größer DN 250 und/oder
- für eine Tiefe der Einbindung am öffentlichen Kanal größer 4,5 m und/oder
- für alle Leitungen, die keine Freispiegleitungen sind.

Der Aufwand ist vom Anschlussnehmer zu erstatten.

2.4 Einbindung des Grundstücksanschlusses an den öffentlichen Kanal ohne Neubau eines Straßenschachtes, und in Übereinstimmung mit den Vorschriften des technischen Regelwerkes der Gesellschaft:

netto	2.693,00 EUR
zzgl. Umsatzsteuer 19 %	511,67 EUR
brutto	3.204,67 EUR

3. Veränderung von Grundstücksanschlüssen

Für die Veränderung eines Grundstücksanschlusses, die durch eine Änderung oder Erweiterung der Anlage erforderlich oder aus anderen Gründen vom Anschlussnehmer veranlasst wird, gelten die Pauschalsätze und Regelungen gemäß Punkt 2.

4. Baukostenzuschuss

Die Gesellschaft ist berechtigt, auf der Grundlage der AEB-A der Gesellschaft einen Baukostenzuschuss zu erheben.

5. Inkrafttreten

Diese Regelung tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung am 1. Januar 2025 in Kraft.

Alle Geschäftsbedingungen der Leipziger Wasserwerke sind im Internet einsehbar unter www.L.de/wasserwerke sowie im Kundencenter in der Johannissgasse 7 in Leipzig erhältlich. Gern senden wir Ihnen die Unterlagen auch zu.

Schreiben Sie uns:

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Postfach 10 03 53, 04003 Leipzig
E-Mail: wasserwerke@L.de

Besuchen Sie uns:

Kundencenter
Johannissgasse 7, 04103 Leipzig
Telefon: 0341 969-2222

24-Stunden-Entstörungsdienst:
Telefon: 0341 969-2100

Internet: L.de/wasserwerke

Leipzig, den 11. September 2024

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 61/24

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 25. November 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Manfred Werner, Rauschenbach 7, 09544 Neuhausen/Erzgeb. hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE82 8705 0000 3371 2298 57, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51,

09111 Chemnitz auf den Namen Manfred Werner, zuletzt wohnhaft Pflege- und Behindertenzentrum Rauschenbach, Rauschenbach 7, 09544 Neukirchen/Erzgebirge, beantragt. Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 25. Februar 2025 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 4. Dezember 2024

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 58/24

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 28. November 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Frau Jessica Sonntag, Am Bernsdorfer Hang 4, 09126 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE70 8705 0000 4400 7737 31, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz

auf den Namen Jessica Sonntag, wohnhaft Am Bernsdorfer Hang 4, 09126 Chemnitz, beantragt. Der Ausstellerin des Sparbuches wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere Zahlungen zu leisten. Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 3. März 2025 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 4. Dezember 2024

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 II 60/23

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 28. November 2024 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Frau Karin Unger, Stelzendorfer Straße 190, 09116 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE94 8705 0000 3321 2811 54, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chem-

nitz auf den Namen Karin Unger, wohnhaft Stelzendorfer Straße 190, 09116 Chemnitz, beantragt. Der Ausstellerin des Sparbuches wird verboten, an den Inhaber des Papiers eine Leistung zu bewirken, insbesondere Zahlungen zu leisten. Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 3. März 2025 seine Rechte schriftlich anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 4. Dezember 2024

Amtsgericht Chemnitz
Pfaff
Rechtspflegerin

Amtsgericht Döbeln
– Zweigstelle Hainichen –
Aktenzeichen: 4 II 7/24

Die Sparkasse Kraichgau Bruchsal-Bretten-Sinsheim, Friedrichsplatz 2, 76646 Bruchsal hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Grundschuldbriefes Gruppe 2 16005459 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Döbeln von Lange-
nau, Blatt 47 in Abteilung III unter Nummer 1 eingetragenen Grundschuld in Höhe von 81806,70 Euro nebst 15 Prozent Zinsen, gemäß Bewilligung vom 19. März 1999 (URNum-

mer 405/99 Notar Bräuer) eingetragen am 2. Juli 1999, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 3. Februar 2025 seine Rechte schriftlich anzumelden beim AG Döbeln, Zivilabteilung, Zweigstelle Hainichen, Friedelstr. 4 in 09661 Hainichen und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Hainichen, den 25. November 2024

Amtsgericht Döbeln
– Zweigstelle Hainichen –
Merkel
Rechtspflegerin

Stellenausschreibungen

Im **Zweckverband Naturpark Erzgebirge/Vogtland** ist ab sofort in der Außenstelle Erzgebirge, Hinterer Grund 4a, 09496 Marienberg OT Pobershau, die Stelle der

Fachberatung (m/w/d)

unbefristet in Vollzeit mit einer regelmäßigen durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden zu besetzen.

Sie erwartet eine vielfältige, interessante, aber auch fachlich anspruchsvolle Tätigkeit, die im Wesentlichen folgende Aufgaben umfasst:

- Entwicklung und Betreuung von Naturparkprojekten
- Fachliche Koordinierung mit dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, dem Planungsverband Region Chemnitz, den Forstbezirken des Staatsbetriebs Sachsenforst und den Tourismusverbänden bei der Erstellung von Fachkonzepten, die die Entwicklung des Naturparkgebietes berühren
- Mitarbeit bei der Umsetzung beziehungsweise Fortschreibung des Pflege- und Entwicklungskonzeptes des Naturparks Erzgebirge/Vogtland
- Betreuung und Anleitung von Teilnehmenden am Freiwilligen ökologischen Jahr, ehrenamtlich Tätigen, Studierenden sowie Praktika-Absolvierenden
- fachliche Vorbereitung beziehungsweise Mitarbeit bei der Erstellung von Förderanträgen
- Zusammenarbeit zu Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung der Außenstelle mit dem Naturparkteam, zum Beispiel Erstellung von Infomaterial, Vortragstätigkeit, geführte Wanderungen und Betreuung von Infoständen
- Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Bildungseinrichtungen
- Zuarbeit für die Haushaltplanung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben insbesondere in den Schutzzonen des Naturparkgebietes als Träger öffentlicher Belange

Das Aufgabengebiet erfordert:

- abgeschlossenes Hochschulstudium auf dem Gebiet der Landschaftsplanung, Landschaftsarchitektur, Land- und Forstwirtschaft, Ökologie, Geographie, Biologie, Hydrologie oder gleichwertig
- Berufserfahrung bei Projektentwicklung und -koordination, vor allem Kommunikationsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen
- ausgeprägte Fähigkeit zur konzeptionellen Tätigkeit

- Kenntnisse beziehungsweise Berufserfahrung auf dem Gebiet des kommunalen Verwaltungsdienstes wünschenswert
- hohe Sozialkompetenz, Teamfähigkeit, Organisationsvermögen, Flexibilität und Belastbarkeit
- fundierte PC- Kenntnisse (MS Office, GIS)
- Führerschein Klasse B

Die Entlohnung erfolgt in Anlehnung an die Regelungen des TVöD-kommunal/EG 10, verbunden mit den einschlägigen Leistungen des öffentlichen Dienstes (zum Beispiel Betriebsrente).

An unserem ansprechenden Arbeitsort in der Außenstelle Erzgebirge bieten wir zudem familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

Die Anstellung erfolgt mit einer gesetzlichen Probezeit von 6 Monaten entsprechend TVöD. Die zu besetzende Stelle ist nur bedingt für eine Teilzeitbeschäftigung geeignet. Wir bieten regelmäßig die Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung entsprechend dem aktuellen Aufgabenerfordernis.

Schwerbehinderte beziehungsweise ihnen gleichgestellte Menschen werden nach Maßgabe des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt. Den entsprechenden Nachweis bitten wir den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (nur digital als eine zusammengefügte pdf-Datei) senden Sie bitte bis zum

7. Februar 2025

an den

Zweckverband Naturpark Erzgebirge/Vogtland
Schloßplatz 8
09487 Schlettau
E-Mail: kontakt@naturpark-erzgebirge-vogtland.de

Wir weisen freundlich darauf hin, dass eine Bewerbung gleichzeitig mit dem Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung persönlicher Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens verbunden ist. Kosten, die mit der Bewerbung verbunden sind, können nicht erstattet werden.